

## Antrag 2024/II/Innen/4

### Jusos Hamburg

#### **Rassistisch motivierte, menschenunwürdige Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien sofort stoppen!**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge mit dem Ziel der Weiterleitung an den SPD Bun-  
2 desparteitag und die SPD Bundestagsfraktion beschließen: Terroranschläge einzelner Islamis-  
3 ten wie jüngst in Solingen (im August 2024) dürfen nicht dazu führen, dass Schutzsuchende  
4 aus dem arabischen Raum unter Generalverdacht gestellt und ihren Grundrechten auf ein men-  
5 schenwürdiges Leben und Asyl beraubt werden. Wir bekennen uns klar zu Artikel 1, Absatz 1 un-  
6 seres Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen  
7 ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Ebenso bekennen wir uns zum Grundrecht auf Asyl  
8 (Art. 16a GG), zur Genfer Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonven-  
9 tion. Auf dieser Grundlage fordern wir einen sofortigen Abschiebungsstopp nach Afghanistan  
10 und Syrien. In beiden Ländern kann nicht gewährleistet werden, dass keine erhebliche, konkre-  
11 te Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht.

#### 12 **Begründung**

13 Jedes Mal, wenn ein Islamist einen menschenverachtenden Anschlag durchführt, sind es Men-  
14 schen mit Migrationsgeschichte und Muslim\*innen, die sich verantworten müssen und unter  
15 Generalverdacht stehen. Das darf so nicht weiter gehen. Dass diese Menschen oft vor genau  
16 diesem Islamismus geflohen sind, interessiert unsere Partei scheinbar nicht. Dass es vor allem  
17 Migrant\*innen sind, die im Kampf gegen Islamismus an vorderster Front stehen, ebenso we-  
18 nig. Und natürlich werden die Solidaritätsbekundungen und -veranstaltungen von Syrer\*innen  
19 für Solingen medial kaum wahrgenommen, sie passen nicht ins rassistische Klima. Es ist eine  
20 Schande, dass unsere und auch andere Parteien die rassistischen Ressentiments der Rechten  
21 übernehmen und sie dadurch nur stärken. In Afghanistan und Syrien herrschen menschenun-  
22 würdige Zustände unter menschen- und insbesondere frauenverachtenden Regimen: Frauen  
23 dürfen nur vollverschleiert auf die Straße, wenn sie das Haus überhaupt verlassen dürfen. Sie  
24 haben praktisch keine Rechte und sind nur dafür da, dem Mann zu dienen. Menschen dürfen  
25 ihre Meinung nicht öffentlich kundtun und wenn sie es tun, haben sie mit stärksten Repressio-  
26 nen zu rechnen. Oppositionelle werden systematisch verfolgt. Es gibt keine unabhängige Jus-  
27 tiz, keine unabhängigen Sicherheitsbehörden, keine Gewaltenteilung und somit auch keinen  
28 Rechtsstaat. Auch muss uns bewusst sein, dass eine (auch indirekte) Verhandlung mit Assad  
29 oder den Taliban diese Regime durch unsere Politik legitimiert und festigt. Das kann nicht das  
30 sein, was wir mit unserer Politik erreichen wollen. KEIN MENSCH IST ILLEGAL! ALERTA!